

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 2. März fand der **SPD-Landesparteitag in Heilbronn** statt. Ich wurde dort auf Platz 11 der Landesliste für die Bundestagswahl am 22. September gewählt. Dieser sehr gute Listenplatz ist ein Vertrauensbeweis für meine Arbeit im Bundestag, in der Landespartei und im Heilbronner Unterland. Er ist auch ein Zeichen an die beiden SPD-Kreisverbände Heilbronn-Stadt und Heilbronn-Land, dass unsere sehr gute Arbeit auch auf Landesebene wertgeschätzt wird.

In dieser Woche war unser ehemaliger sozialdemokratischer Kanzler **Gerhard Schröder** zu Gast in der SPD-Bundestagsfraktion. Wir haben aus Anlass von **zehn Jahren „Nein zum Irakkrieg“** auf seine Kanzlerschaft zurückgeblickt. Die Entscheidung der SPD und von Gerhard Schröder damals war sehr klug, denn der Angriff auf den Irak, das zeigte sich in den Jahren nach unserem „Nein“, war kein Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus, sondern führte zur Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Unvergessen ist das Schwanken der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel, die schon damals nicht in der Lage war, eine eindeutige Haltung einzunehmen. Mit ihr als Kanzlerin hätte 2003 die Gefahr bestanden, dass sich Deutschland am falschen Irak-Krieg beteiligt. Es ist gut, dass damals die SPD mit Gerhard Schröder an der Spitze standhaft war und auch unter großem Druck die richtige Entscheidung, sich nicht an diesem Krieg zu beteiligen, aufrecht erhielt. **Das „Nein zum Irakkrieg“ ist historisch bedeutend:** Nach Willy Brandt, der mit den Ostverträgen die Wiedervereinigung auf den Weg brachte, war es mit Gerhard Schröder ein zweiter SPD-Kanzler, der international die deutsche Souveränität voranbrachte – und beide taten dies gegen den Widerstand der Konservativen.



Berlin-Brief, Ausgabe 135 15. März 2013

Meine Termine

Jahreshauptversammlung der Feuerwehr Heilbronn

15.3.2013, 19 Uhr, Heilbronn, Neckarhalle Neckargartach

aim: Regionaler Bildungskongress: Wie wir regionale Bildungsnetze unterstützen können

16.3.2013, 8.30 Uhr, Eppingen, Stadthalle, Berliner Ring 18

Tag der Offenen Tür der Hermann-Greiner-Realschule Neckarsulm

16.3.2013, 10 Uhr, Neckarsulm, Steinachstraße 70

Veranstaltung der Griechischen Gemeinde Heilbronn: Europa und Griechenland: Gestern, Heute, Morgen

16.3.2013, 18 Uhr, Heilbronn, DGB-Haus, Gartenstraße 64

Festabend 150 Jahre Feuerwehr Gundelsheim

16.3.2013, 19 Uhr, Gundelsheim, Deutschmeisterhalle, Roemheldstraße 7

Sitzungswoche des Bundestages

18. - 22.3.2013, Berlin

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Gestern vor zehn Jahren jährte sich zugleich die **Agenda 2010** der rot-grünen Bundesregierung. Mir ist es immer wichtig zu betonen: Die Agenda 2010 war viel mehr als nur das heftig diskutierte Hartz IV. Die Agenda 2010 hat die Bildungsausgaben innerhalb von fünf Jahren um 25 Prozent gesteigert, das BAföG wurde reformiert, Ganztageschulen wurden mit 4 Milliarden Euro gefördert, neue Ausbildungsangebote für Jugendliche wurden geschaffen. Auch in der Frage der Agenda 2010 zeigt sich der Mangel an Urteilsvermögen von Angela Merkel, die auf Gerhard Schröders Regierungserklärung vom 14. März 2003 antwortete: „Ein großer Wurf war das nicht.“ Wenn man sich die Bilanz ihrer eigenen Regierung heute anschaut, ist das doppelt dreist. Wenn die SPD damals so mutlos und ziellos regiert hätte wie Angela Merkel heute, hätte die Gefahr bestanden, dass heute auch Deutschland mit riesigen Problemen in der Eurokrise stünde. Zwischen 1990 und 1998 war durch den Reformstau der Ära Kohl, durch die Deindustrialisierung in Ostdeutschland, durch die Globalisierung und den technologischen Wandel die Arbeitslosigkeit in Deutschland von zwei auf 4,5 Millionen gestiegen. Heute, nach den Reformen, gilt Deutschland als Vorbild in Europa. Die Agenda 2010 hatte die richtigen Antworten auf die Probleme im Jahr 2003.

Heute gilt: **Wir müssen unsere Politik dort an die Realität anpassen, wo sich neue Probleme ergeben haben.** Bei der Leiharbeit, bei Niedriglöhnen, bei Befristungsregelungen. Wir brauchen daher eine **Agenda 2020**, die neue Lösungen für diese Probleme bietet. Angela Merkel kümmert sich jedoch nicht um eine neue Agenda, sondern drückt herum.

Wir Sozialdemokraten haben mit unserem am Montag im Parteivorstand vorgestellten **Regierungsprogramm 2013** entworfen, wie eine sozialdemokratische aktive Reformpolitik aussehen muss. Wir tun alles, um Menschen in gute und existenzsichernde Arbeit zu bringen. Wir wollen eine Arbeitsgesellschaft, in der die Menschen für sich selbst sorgen und eine Familie ernähren können. Die Reallöhne sind für viel zu viele Beschäftigte gesunken. Die Ungleichverteilung der Vermögen hat zugenommen. Das Instrument der Leiharbeit wird missbraucht, um Tariflöhne zu umgehen. Niedriglohnbeschäftigung hat zugenommen. Der Staat muss jedes Jahr Milliarden von Euro zahlen, um Dumpinglöhne aufzustocken. Diese Entwicklung verletzt die Würde der Menschen, die unter diesen Bedingungen arbeiten müssen. Wir fordern daher einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und eine Stärkung der Tariflöhne. Gleichzeitig müssen wir die Bildungschancen in unserem Land verbessern. Jedes Jahr verlassen zehntausende Jugendliche ohne Abschluss die Schule. Deshalb werden wir die Bildungsinvestitionen steigern. Unser SPD-Regierungsprogramm mit allen Details finden Sie zum Nachlesen unter http://www.spd.de/linkableblob/92664/data/20130311_regierungsprogramm_2013.pdf.

Mit freundlichen Grüßen

